

## Gruppenvergewaltigung durch Schutzsuchende

### Täter auf freiem Fuß

Eine junge Frau (18) wurde offenbar in eine Wohnung in Leer in Niedersachsen gelockt, geschlagen und mehrfach von drei Männern (18, 20, 21) vergewaltigt. Das ist einer der jüngsten Fälle von unglaublicher Brutalität und Verachtung gegenüber Frauen durch angeblich Schutzsuchende in Deutschland. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich laut mehrerer Medieninformationen um zwei Syrer und einen Iraker.

Die Staatsanwaltschaft erließ zwar Haftbefehl, aber alle drei verdächtigen Täter mussten nicht in U-Haft. Die Tatverdächtigen sollen alle in der Siedlung wohnen, in der die Vergewaltigung passierte. Dort wohnen, neben Deutschen, Menschen aus vielen Nationen und viele Flüchtlinge, nachdem sie aus den Übergangsheimen ausgezogen sind. Nach Informationen aus Ermittlerkreisen soll es sich bei der Gruppenvergewaltigung um eine Spontantat gehandelt haben, zu der sich die Männer verabredet hätten, berichtet BILD. Das muss man sich einmal vorstellen: Drei gemeingefährliche Sexualstraftäter dürfen nach dieser Tat in die Freiheit spazieren! Wer schützt potentielle Opfer vor erneuten Übergriffen durch dieses fürchterliche Trio? Antwort: Niemand! Vergewaltigung wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu 15 Jahren Haft geahndet. Die junge Frau erlitt eine körperliche Verletzungen mit medizinischem Trauma, das mit schweren seelischen Verletzungen einhergeht. Eine Vergewaltigung verletzt das Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung. Die Freilassung der Täter ist ein erneuter Schlag in das Gesicht des unschuldigen Opfers.

Andreas Harlaß  
Direktkandidat für den  
Bundestag DresdenII/BautzenII

## Mehr Geld für die Bürger – Staatsgier beenden!

Unsere Rentner werden um ihre Lebensleistung geprellt! Während in Österreich das Rentenniveau bei 80 Prozent und in Holland sogar bei 100 Prozent liegt, werden hiesige Senioren mit etwa 50 Prozent abgespeist. In den mitteleuropäischen Ländern ist das Renten-Einkommen besonders mies: 40 Prozent, die 40 Jahre lang gearbeitet haben, erhalten nicht einmal 1000 Euro Rente. Die Sachsen-Regierung hat es dennoch fertiggebracht,

den sowieso schon riesigen Staatsapparat um weitere knapp 500 Stellen aufzublähen. Inzwischen hat der Freistaat Sachsen eine größere Verwaltung als das Deutsche Kaiserreich um 1900. Die muss natürlich bezahlt werden. Von Steuergeldern, die den eigenen Bürgern abgeknöpft werden.

### Wo wir überall sparen könnten:

Knapp 26 Milliarden Euro bezahlt Deutschland an die EU. Nach dem „Brexit“ kommen nun noch rund 14 Milliarden dazu – der bisherige Anteil Großbritanniens. Den Mammutanteil schulert auch hier Deutschland als größter Nettozahler.

– 536 Millionen Euro zahlt Deutschland pro Jahr Kindergeld ins Ausland. Das enthüllte eine AfD-Anfrage im Deutschen Bundestag. Das Kindergeld, nach Bulgarien oder Rumänien etwa, wird fällig, wenn ein Familienmitglied in Deutschland arbeitet. Der Wohnsitz der Kinder wird allerdings nicht kontrolliert, sodass es zu massenhaften Betrugsfällen kommt.

– 84 Milliarden Euro kostet uns die willkürliche Asylpolitik der CDU. In Deutschland leben knapp 300.000 abschiebepflichtige Ausländer, die aber kaum abgeschoben werden und dennoch Leistungen erhalten. Allein in Sachsen sind es fast 15.000.

– Knapp 22 Milliarden Euro zahlt Deutschland pro Jahr für so genannte Entwick-



lungshilfe. Sogar China bekam seit 1979 etwa 10 Milliarden Euro „Entwicklungshilfe“ vom deutschen Steuerzahler, rund 630 Millionen Euro pro Jahr.

– Etwa 400 Millionen US-Dollar zahlt Deutschland pro Jahr an Beiträgen für die UNO. Viertgrößter Zahler weltweit.

– Ebenfalls rund 400 Millionen Euro fallen für die Deutschen an Kosten für das Halten der verlustreichen Commerzbank-Aktien an.

– Jeder deutsche Haushalt hat durchschnittlich zudem rund 280 Euro Mehrkosten/Jahr für das von der CDU eingeführte „Erneuerbare-Energien-Gesetz“, kurz EEG. Wir bezahlen also die Verschandelung unserer Landschaft und das Töten von Vögeln durch Windräder alle mit. Ob wir wollen oder nicht. Zum Dank dafür haben wir dann auch noch die höchsten Strompreise der Welt.

– Übrigens: Die Schaumweinsteuer wurde 1902 vom Reichstag zur Finanzierung der kaiserlichen Marine eingeführt. Wir bezahlen sie heute noch. 2019 waren es 377 Millionen Euro.

Andreas Harlaß  
Direktkandidat für den  
Bundestag DresdenII/BautzenII

**NICHT INS ALTPAPIER!**  
Nach dem Lesen weitergeben.

## Was wäre, wenn...?



Was wäre, wenn die AfD bei der nächsten Bundestagswahl entgegen aller Prognosen und Vorhersagen stärkste Kraft würde, sich in den konservativen Parteien die Vernünftigen durchsetzten und eine AfD-geführte Bundesregierung das Ruder übernehme?

Wie würde sich Deutschland verändern, wenn diese Bundesregierung die Forderungen der AfD aus dem Bundestagswahlprogramm, z. Bsp. bei der Energiepolitik umsetzte?

In einem fiktiven Interview im Jahre 2037 erläutert Karsten Hilse als „Ehemaliger Leiter der Arbeitsgruppe Energiesicherheit der Bundesregierung“, wie die AfD-geführte Bundesregierung in den „zurückliegenden 16 Jahren“ die Energiepolitik drastisch veränderte. Mit den vollführten Maßnahmen stellte sie die Versorgungssicherheit wieder her. Deutschland wurde durch kostengünstigen Strom wieder zu seiner alten wirtschaftlichen Stärke zurückgeführt. Riesige Flächen, die vorher durch Windindustrieanlagen, großflächige Solarindustrieregionen und Monokulturen belastet waren, wurden wieder

renaturiert oder zu wertvollen Ackerflächen für die Nahrungsproduktion zurückgewonnen. Bis 2050 wird Deutschland durch die Eigenproduktion von verschiedenen Treib- und Betriebsstoffen unter Nutzung der hohen Temperaturen von Flüssigbrennstoffreaktoren komplett unabhängig von Energierohstoffimporten sein.

Das fiktive Interview ist auch eine Antwort auf all diejenigen, die der AfD vorwerfen, immer nur „dagegen“ zu sein und keine eigenen Konzepte zu haben. Ein paar Seitenhiebe in Richtung Altparteien, die mit einem Augenzwinkern zu sehen sind, konnte sich der Produzent (Karsten Hilse) nicht verkneifen.

Genießen Sie den Blick in eine positive Zukunft Deutschlands unter:  
[https://www.youtube.com/watch?v=8Ygw3DKZx\\_g](https://www.youtube.com/watch?v=8Ygw3DKZx_g)  
 oder

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker>

Karsten Hilse, MdB

### Spendenkonto:

Alternative für  
 Deutschland  
 KV Bautzen  
 Bank:  
 OSK Dresden  
 IBAN:  
 DE16 8505 0300  
 0225 7855 52

Betreff: Kreisverband  
 Bautzen Spende

### Impressum:



Kreisverband Bautzen  
 vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilse  
 Karl-Marx-Straße 15  
 02625 Bautzen  
 Tel.: 03591 5328336  
 info@afdbautzen.de  
 www.afdbautzen.de

Druck:  
 Druckhaus Scholz GmbH  
 Pforzheimer Platz 8  
 02977 Hoyerswerda

## AfD-Infostände Andreas Harlaß

13. August	9:00 bis 13:00 Uhr Marktplatz Radeberg
31. August	9:00 bis 13:00 Uhr Marktplatz Radeberg
04. September	9:00 bis 12:00 Uhr Parkplatz am Friedhof Arnsdorf
10. September	9:00 bis 13:00 Uhr Marktplatz Radeberg

## Weg mit den Zwangsgebühren!

Die einzige Partei, die deutschlandweit mit aller Konsequenz dafür eintritt, dass die Rundfunk-Zwangsgebühren abgeschafft werden, ist die AfD. ARD-Chef Tom Buhrow greift im Jahr 399.000 Euro Gehalt ab. Seine sächsische MDR-Kollegin, Intendantin Karola Wille, gönnt sich 275.000 Euro. Laut Spiegel erhalten Redakteure beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk bis zu 9.908 Euro im Monat.

Die sächsische CDU sollte sich schämen, diesen exorbitanten Gehältern mit einer neuerlichen Gebührenerhöhung zuzustimmen. Sie hätten sich ein Beispiel an den Kollegen in Sachsen-Anhalt nehmen können. Die haben abgelehnt. Die Sachsen-CDU nicht. Die AfD ist die tatsächlich letzte verbliebene Oppositionspartei im deutschen Allparteienkartell. Die GEZ-Debatte beweist das erneut.

Um die Meinungsfreiheit ist es 30 Jahre nach dem Mauerfall dank dem zwangsfinanzierten Staatsfunk ebenfalls schlecht bestellt. Sehr schlecht. Die sächsische Presse gehört zu großen Teilen der SPD – und das merkt man auch. Die AfD, als einzige wahre Oppositionspartei, wird verschwiegen oder als rechtsextrem verunglimpft. In Sachsen ist es inzwischen schon so weit, dass die MDR-Intendantin mit auf der Regierungsbank sitzt. Sie lässt sich vor den ideologischen Karren der Nationalen Front von CDU, SPD und Grünen spannen. Frau Wille saß im Innenministerium direkt neben CDU-Innenminister Wöller und der grünen Justizministerin Meier. Sie erinnern sich: Ministerin Meier, die Frau, die einst Bullen brennen sehen wollte. Eine unheilige Allianz! Sie schadet Sachsen massiv! Die Intendantin hat mit der Regierung öffentlich darüber beraten, wie die Meinungsfreiheit in Mitteldeutschland noch weiter eingeschränkt werden kann. Alles was diesen Damen und Herren ideologisch nicht passt, wird als „Hass und Hetze“ verunglimpft! Die DDR 2.0 lässt grüßen!

**Fazit:** Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist überholt, es lässt sich nicht reformieren. Die Rundfunkstaatsverträge sind deshalb in jedem Bundesland zu kündigen, um eine grundlegende Reform zu ermöglichen.

Am Ende soll es einen reduzierten Rundfunk geben, der etwa ein Zehntel des bisherigen Umfangs hat. Dieser ‚Grundfunk‘ hat dann die Aufgabe, Bürger flächendeckend mit Information, Kultur und Bildung zu versorgen. Wichtig bleiben regionale Inhalte – ein schlanker ‚Heimatsender‘ aus der Region.



Andreas Harlaß  
Direktkandidat für den Bundestag DresdenII/BautzenII

## Staatsregierung befiehlt – Landkreis Bautzen muss zahlen

So jedenfalls lesen sich Antworten der Staatsregierung auf zwei meiner Kleinen Anfragen (Drs 7/ 6756 und 7/ 6757) zum Teilschulnetzplan. Darüber hinaus werden keine Neubauten geplant.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen, kommentiert:

„Kultusminister Piwarz macht es sich sehr leicht, indem er einfach seinen Teilschulnetzplan den Landkreisen aufdrückt und diese auch die Kosten dafür tragen müssen.

Der Landkreis Bautzen bleibt, meiner Meinung nach, der Verlierer des Teilschulnetzplanes für Berufsschulen. Die Staatsregierung schadet wissentlich dem ländlichen Raum, weil die Ausbildungsangebote um 20% reduziert werden und die Schulträger auch noch die Kosten für Umbaumaßnahmen tragen müssen.

Viel Geld wurde investiert, um den jetzigen Stand der Ausbildungsklassen zu erreichen. Trotzdem reduziert sich zukünftig im Landkreis Bautzen die Anzahl der beschulten Berufe von 76 auf 59.

Die negative Antwort aus Dresden, ob es finanzielle Unterstützung für die Landkreise bei baulichen Maßnahmen gibt, zeigt einmal mehr, dass die Staatsregierung mit aller Macht ihre Interessen durchsetzt.

Unabhängig von der finanziellen Benachteiligung für den Landkreis Bautzen, kann das Argument der sinkenden Schülerzahlen kein Grund sein, dass Bautzen über 17 Ausbildungsberufe verliert.

Von 37 DAZ-Klassen in Sachsen, haben 28 Vorbereitungsklassen eine Ausnahmegenehmigung der Staatsregierung erhalten, weil sie die Mindestanzahl von 16 Schülern nicht erreicht haben.

Über 75 Prozent aller DAZ Klassen erhalten eine Sonderbehandlung!

Warum ist das nicht für das BSZ Bautzen möglich? Es wäre auf jeden Fall die richtige Option gewesen, damit die Ausbildungsvielfalt in Bautzen erhalten bleibt und junge Menschen hier in der Region ihre Ausbildung absolvieren können.“

Frank Peschel, MdL

### Unser Bundestagskandidat Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort

#### Termine Bürgerfragestunde

Ort: Radeberg, Dresdner Straße 7

- Samstag, 07. August 2021, 14 Uhr bis 15 Uhr
- Samstag, 21. August 2021, 13 Uhr bis 15 Uhr
- Samstag, 28. August 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Herr Prade war viele Jahre Unternehmer, ist Zertifizierter Sachverständiger, schreibt Bücher und arbeitet seit 2017 als Büroleiter im Deutschen Bundestag. Er ist Listenkandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis Dresden II - Bautzen II, WK 160.

Schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Fragen.

Dipl. Ing.  
Holger Prade



# ES ÄNDERT SICH NUR ETWAS,



# WENN DU SELBST ES ÄNDERST!



## Energiepolitik der AfD

„Das Ziel der Bundesregierung, die CO<sub>2</sub>-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft („Die Große Transformation“ / „The Great Reset“) bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau ab.“

Grundlage für diese Energiepolitik, die faktisch eine, wie in sozialistischen Staaten praktizierte, Planwirtschaft darstellt, ist die Hypothese, dass die menschengemachten CO<sub>2</sub>-Emissionen die derzeitigen Klimaschwankungen maßgeblich beeinflussen, für die es aber nach wie vor keinen einzigen wissenschaftlichen Beweis gibt. Die einzigen „Beweise“ stammen aus Computermodellen, die nicht einmal in der Lage sind, die bekannte Vergangenheit richtig zu berechnen. Sie sind nicht in der Lage, das mittelalterliche und das römische Klimaoptimum richtig zu errechnen. Die Daten aus Eis- und Sedi-

mentbohrkernen allerdings beweisen, dass der CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre noch nie in der Erdgeschichte die natürlichen Klimaschwankungen maßgeblich beeinflusste. Letztendlich ist die gesamte Klimapolitik eine große Geldumverteilungsmaschinerie von unten nach oben, um die Menschen noch hemmungsloser auszuplündern und ein Vehikel zur Etablierung einer neuen, dann dritten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden mit allen seinen negativen Begleitumständen, Freiheitseinschränkungen, Planwirtschaft, Verarmung und massive Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die AfD fordert das Erneuerbare Energien Gesetz ersatzlos zu streichen, den Kohleausstieg wieder rückgängig zu machen, jegliche CO<sub>2</sub>-Steuern und -Bepreisungen zu unterlassen. Für eine sichere Versorgung Deutschlands mit Strom wollen wir perspektivisch auch wieder, so wie weltweit praktiziert, Kernenergie als eine der sichersten, preiswertesten und am wenigsten flächenverbrauchende Stromer-

zeugungsform nutzen. Vor allem wollen wir die Forschung in moderne Kernkrafttechnologien, vor allem in Kernreaktoren der Generationen 3+ und 4 intensivieren. Sogenannte erneuerbare Energien, wie Windindustrieanlagen, großflächige Solarindustrieanlagen und Energiepflanzen wollen wir stattdessen nicht mehr fördern. Sie zerstören nachhaltig unsere Natur und Umwelt, sind Todesfallen für Vögel, Fledermäuse und Insekten und zerstören unsere Kulturlandschaften. Windindustrieanlagen wirken sich schädlich auf die Gesundheit der Menschen aus, die in der Nähe solcher Anlagen wohnen.

Wir wollen statt einer ideologiebetriebenen Energiewendepolitik eine Politik der Vernunft, die den Menschen und der Industrie bedarfsgerechten, bezahlbaren und sauberen Strom zur Verfügung stellt, zum Wohle der Menschen und der Umwelt.

*Karsten Hilse, MdB*

## Afghanistan und andere Katastrophen

Nun sind sie also raus aus dem Hindukusch: Die westlichen Demokratiebringer aus Anglo-Amerika und ihre NATO-Verbündeten haben nach 20 Jahren „Friedensmission“ Afghanistan im Juni dieses Jahres das Land klammheimlich verlassen. Auch die letzten 264 deutschen Freiwilligen wurden nach Hause geholt und niemand der Befehlshaber stand an den Flughäfen bereit, um die tapferen Verteidiger der Demokratie, westlicher Freiheit und afghanischer Frauenrechte mit Blumen, Winkelementen oder Konfetti in Empfang zu nehmen.

Hierzulande greinen Oppositionelle, dass es doch eine Schande sei, dass die kriegsfreiwilligen Söldner der deutschen NATO-Streitkräfte zu ihrer Rückkehr aus dem fernen Osten nicht mit Beifall und in Ehren empfangen worden seien. Schließlich seien 59 Tote und hunderte Verletzte unserer Streitkräfte aus diesem „Befriedungskampf“ hervorgegangen! (Nebenbei sind auch noch über 12 Milliarden Euro Steuergeld sinnlos verpulvert worden.) Könnte es sein, dass unsere Regierung die Wahrheiten hinter diesem 20jährigen Krieg besser verstanden hat, als diese Freunde der Soldempfänger? Immerhin führte die Niederlage der Sowjets in Frühjahr 1989 zum Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetreiches und vielleicht auch zur deutschen Wiedervereinigung.

Was die Truppen dieser Willigen im fernen Land für Elend und Verwüstung wirklich

angerichtet haben, werden wir hier unten wohl niemals erfahren! Und es ist auch nicht so, dass nur die Drahtzieher in Washington oder Berlin für die dortigen Mordereien und Räubereien verantwortlich sind. Schuld sind alle, die diese Politik immer wieder gewählt haben und sie stützten! Verantwortlich ist auch jeder einzelne Soldat, der sich für diese Mission hat kaufen lassen, egal, welcher Waffengattung oder Spezialeinheit er angehörte: Er musste nicht dorthin! Sein Einsatz war freiwillig und er nahm Geld dafür! Dies gilt ebenso für die 3300 BRD-Armeeangehörigen, die derzeit in den anderen 20 Einsatzgebieten dieser Welt „dienen“! Jeder Soldat, jeder Polizist, jeder „Helfer“ ist persönlich für seine Entscheidung verantwortlich und kann sich bis in alle Ewigkeit nicht auf einen „Befehlsnotstand“ zurückziehen. Wissen ist eine Holschuld! Und heute kann jedermann wissen, was wirklich vorgeht; insbesondere Angehörige der bewaffneten Organe.

Und niemand aus unserem Volk sollte der Naivität anheimfallen, dass „Polizeieinsätze“ zur Durchsetzung von Staatsdoktrinen, früher, wie heute, ob von Soldaten oder Polizisten ausgeführt, ob im Ausland oder in der Heimat, irgendeine Legitimität haben könnten.

Legitim für Gewaltanwendung sind ausschließlich Selbstverteidigung und Verteidigung der Naturrechte.

*Christian F. Schultze, Stadtrat*

## Arbeitsplätze in Großröhrsdorf gesichert

Der AfD-Bundestagskandidat Andreas Harlaß informierte sich auf Einladung des Unternehmens Sachsen Netze in Großröhrsdorf über die Bedeutung des Standortes für die Energieversorgung der Region. Das Umspannungswerk sichert die zuverlässige Stromversorgung von zehntausenden Haushalten der Region. Mehr als 25 Arbeitsplätze werden gesichert.

## 5G-Mobilfunk – Fortschritt auf Kosten der Gesundheit?

Im Zusammenhang zur Pilotprojektvorstellung am 14.07.2021 „Digitale Baustelle Hoyerswerda“, wurde die Aufmerksamkeit auf die Perspektive 5G auch in Hoyerswerda favorisiert. Leider wurden eventuelle gesundheitliche Schäden in keiner Weise beleuchtet. Im Gegenteil, Dokumente von Wissenschaftlern wurden seitens des Oberbürgermeisters als unwahr bezeichnet.

## Eilantrag ASP Landkreis Bautzen

### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, den vorhandenen Tierseuchenkrisenplan gemäß dem Sächsischen Ausführungsgesetz zum Tiergesundheitsgesetz unter Berücksichtigung folgender Aspekte baldmöglichst zu aktualisieren:

1. Große Beutegreifer und Raubvögel müssen bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) berücksichtigt werden. Die Entnahme dieser möglichen Überträger wird aufgenommen. Dabei werden Füchse, Wölfe und Raben prioritär behandelt.
2. Mit der Kreisjägerschaft und dem Kreisbauernverband ist unter Leitung des Veterinäramtes und des Landrates ein Krisenstab zu gründen, der alle erforderlichen Maßnahmen koordiniert.
3. Die Umzäunung des Gefährdeten Gebietes hat sich als unwirksam erwiesen. Bisher sind ca. 2,2 Mio € geflossen, weitere 6 Mio € sind geplant. Die politischen Verantwortlichen des Kreises haben auf das betreffende Landesministerium dahingehend einzuwirken, dass die Mittel effizienter gegen alle Überträger einzusetzen sind.

### Begründung:

Die Ausbreitungsdynamik der Afrikanischen Schweinepest (ASP) ist ungebrochen, mittlerweile hat sie den Kreis Bautzen erreicht. Die wirtschaftliche Existenz der Schweinezuchtbetriebe mit insgesamt 80.000 Schweinen ist mehr als bedroht.

Deshalb müssen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Seuche zu stoppen.

*Henry Nitzsche  
Vorsitzender der AfD-Fraktion  
im Kreistag Bautzen*

## Pulsnitzer Haushalt 2021 – Dritter Akt

Nachdem der Haushaltsplan 2021 bereits Gegenstand der Tagesordnungen von April- und Mai-Sitzung war, hat der Stadtrat in seiner 24. Sitzung am 15.07.2021 erneut über die Haushalt-Satzung 2021 beschlossen. Wegen fehlerhafter Offenlage waren auf Veranlassung der Rechtsaufsicht Offenlage und Beschluss zu wiederholen. Der Beschluss kam mit 9 Ja- und 5 Nein-Stimmen zustande.

Im April hatte die Bürgermeisterin den Haushaltsplanentwurf zurückgezogen. Festgelegt war, diesen unter Berücksichtigung der Änderungsanträge von CDU und AfD zu überarbeiten und neu einzureichen. Das war unterblieben. Daher hatte der Stadtrat in der Mai-Sitzung Sperren von ca. 500 T€ beschlossen und die Verwaltung beauftragt, bis zur nächsten Haushaltsklausur Konsolidierungsvorschläge vorzulegen. Diese Beschlüsse begrüßen wir; sie entsprechen unseren Änderungsanträgen. Die Sperren dienen der Kostenkontrolle und Budgetverantwortung; sie sind jedoch nur Korrekturen, die den unausgeglichenen Haushalt heilen sowie einen Haushalts-Beschluss und dessen Genehmigung ermöglichen sollen. Ohne genehmigten Haushalt befindet sich die Stadt in vorläufiger Haushaltsführung und ist nur sehr eingeschränkt handlungsfähig.

Ein erster Bericht der Verwaltung zur Unterbrechung der Sperren stimmt zuversichtlich. Am beschlossenen Haushaltsplan selbst ändert sich jedoch nichts – er ist unverändert hoch defizitär. Das Grundproblem wurde nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern mit dem vorgelegten Plan noch ausgeweitet.

Das ordentliche Ergebnis weist unverändert ein Defizit von 1.055.600 Euro und bis 2024 ähnlich hohe Fehlbeträge aus. Spä-

testens 2024 sind die Reserven von aktuell 4,1 Mio. Euro aufgebraucht. Die laufende Verwaltung ist grundsätzlich zu teuer - aktuell um ca. 550 T€ zzgl. 216 T€ für Zins und Tilgung für Kredite in Höhe von 6,1 Mio. Euro. Es sollen 4 neue Stellen geschaffen werden. Die laufende Verwaltung verbraucht die Rücklagen, die für Investitionen fehlen. Sind diese aufgezehrt - laut Plan spätestens in 2024 - ist auch die laufende Verwaltung nicht mehr finanzierbar.

Genaugenommen wurde mit dem Haushaltsplan die planmäßige Insolvenz (Konsolidierung) spätestens in 2024 beschlossen. Dem konnten wir als AfD-Fraktion nicht zustimmen. Es handelt sich schließlich nicht um das private Geld von Bürgermeisterin, Verwaltung oder Stadtrat, sondern um das Steuergeld der Bürger, das wirtschaftlich und sparsam einzusetzen ist.

Der Stadtrat hat ebenfalls mehrheitlich auf unseren Antrag hin eine konsequente Kostenkontrolle und Prüfung von Einsparpotential bei der Rathaussanierung beschlossen. Gegenüber Stadtrat und Technischem Ausschuss ist jeweils vor Ausschreibung der Lose über den aktuellen Stand zu berichten. Mit Blick auf den angespannten Haushalt und die z.T. erheblichen Preissteigerungen in der Baubranche ist das unerlässlich, um das vom Stadtrat festgelegte Budget von 5,093 Mio. Euro einzuhalten, im besten Fall zu unterschreiten und damit den Haushalt zu entlasten.

Für Verärgerung unter den Räten sorgte die falsche Tatsachenbehauptung durch Stadtrat Herrn Schäfer, FDP-Fraktion, in der SZ vom 12.07.2021.

*Dr. Frank Hannawald  
Stadtrat in Pulsnitz*

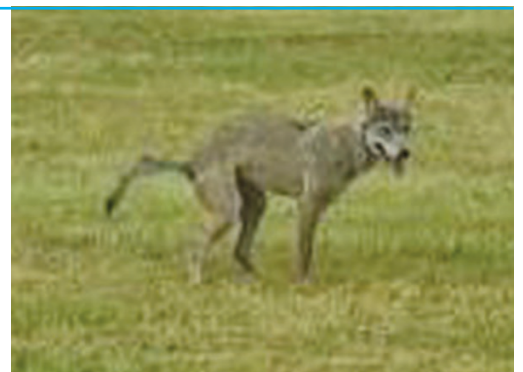
## Konservative Sachpolitik siegt

„Ich begrüße den öffentlichen Brief von Landrat Harig zum Thema „Dreibein Wolf“. (SZ vom 6.7.2021) Einmal mehr zeigt sich, dass konservative Sachpolitik möglich ist. Das Thema Wolf wird auch weiterhin im politischen Diskurs stehen. Hier sind zukünftig fachliche Lösungen gefordert.“ Dies erklärt Timo Schreyer, Abgeordneter der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

„Kranke und verletzte Wölfe müssen der Natur entnommen werden, da sie sonst Menschen angreifen, so wie das der Dreibein-Wolf getätigt hat. Darauf verwies ich in meiner Kleinen Anfrage Drs. 7/6577 und im Artikel der SZ vom 02.07.2021: „Dreibeiniger Wolf im Heide-land gesichtet“.

Der Wolf ist nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie „streng geschützt“. Jedoch darf ein Problemwolf nach der FFH-Richtlinie 173

im Artikel 16 als Ausnahme der Natur entnommen werden. Viele Länder nehmen von diesem Artikel gebrauch. Die Bürgermeister und Landräte stehen in der Pflicht, dieses durchzusetzen, um die Sicherheit für Mensch und Tier wieder herzustellen. Eine Entnahme erfolgte schon in Brandenburg und ist daher ein gutes Beispiel.“



*Timo Schreyer, MdL*



# VERANSTALTUNGEN

## Karsten Hilse



**Di 10.08.21 19.00 Uhr**

Gaststätte Zur guten Laune, **Lömischau**, Lindenweg 9, 02694 Malschwitz  
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

**Mi 11.08.21 18.00 Uhr**

Gasthaus am Kirchplatz, Kirchplatz 10, **Großpostwitz**  
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

**Do 12.08.21 18.00 Uhr**

Alleerestaurant, Bautzener Allee 1B, **Hoyerswerda**  
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

**Mo 16.08.21 18.00-20.00 Uhr**

Marktplatz, Hauptstr. 1, **Radeberg**  
AfD zum Anfassen – Bürgerabend mit offenem Mikrofon mit den MdB's Nicole Höchst und Karsten Hilse

**Sa 21.08.21 13.00-15.00 Uhr**

Bürgerbüro, Dresdner Str. 7, **Radeberg**  
BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Kandidat zur BTW

**Mo 23.08.21 19.00 Uhr**

Residence-Hotel **Bautzen**, Wilthener Straße 32  
AfD - Programm mit den MdB's Nicole Höchst und Karsten Hilse

**Di 24.08.21 19.00-21.00 Uhr**

**Laubusch** - Kulturhaus - Hauptstrasse 10 Lauta  
Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

**Mi 25.08.21 19.00 Uhr**

**Bautzen - Kornmarkt**  
Tino Chrupalla, Karsten Hilse, Jörg Urban, Henry Nitzsche

**Do 26.08.21 19.00 Uhr**

Blaue Kugel, Hauptstr. 97, **Cunewalde**  
AfD - Programm mit Karsten Hilse und Jörg Urban

**Mo 30.08.21 19.00 Uhr**

WAIKIKI - Sport - **Königswartha**  
Karsten Hilse - AfD-Programm - Was die AfD wirklich will!

**Di 31.08.21 19.00 Uhr**

Häusler-Schenke **Rachlau** 52  
Karsten Hilse - AfD-Programm - Was die AfD wirklich will!

**Do 02.09.21 19.00 Uhr**

Sachsenkrone, Poststr. 1B, 01896 **Ohorn**  
Karsten Hilse - AfD-Programm - Was die AfD wirklich will!

**Do 09.09.21 18.30 Uhr**

Hotel Stadt Königsbrück, Weißbacher Str. 20-22, **Königsbrück**  
Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm – Was die AfD wirklich will!